



AfD in Thüringen auf weiterem Rechtstrend

Offene Kooperation zwischen AfD-Jugendorganisation und NPD in Nordthüringen

Wie Katharina König, die Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, berichtete, ist seit einiger Zeit zu beobachten, dass die „Junge Alternative“ (JA), die Jugendorganisation der „Alternative für Deutschland“ (AfD), in Teilen noch radikaler auftritt als die Mutterpartei.

Erst kürzlich habe die JA Thüringen dies bei Facebook mit dem Foto einer Schusswaffe und einem Aufruf, der als Interpretation zur Selbstjustiz aufgefasst werden musste, erneut unter Beweis gestellt.

„In Nordthüringen ist seit mehreren Wochen ein weiterer Schulterchluss sichtbar, die AfD-Jugendorganisation kooperiert offen mit der NPD, ein JA-Funktionär organisiert gemeinsame Veranstaltungen mit einem NPD-Stadtrat aus dem Eichsfeld“, so Katharina König weiter.

Arbeitsteilige Organisation und Versammlungsanmeldungen

So habe am 17. Januar, wie schon seit mehreren Wochen zuvor erneut eine gemeinsame Kundgebungsreihe an der nordthüringisch-südniedersächsischen Landesgrenze stattgefunden. Unter dem Motto „Ein Licht für Deutschland“ war es an drei Sonntagen an jeweils drei Orten zu Treffen von Mitgliedern der AfD mit Neonazis und Hooligans zu gemeinsamen Mahnwachen gekommen. Am 17. Januar

hatte man sich in Northeim, Duderstadt und Heiligenstadt versammelt. „Anders als in Erfurt, wo regelmäßige Neonazis als Teilnehmer von AfD-Demos auftreten, gibt es in Nordthüringen eine gemeinsame arbeitsteilige Organisation derartiger Veranstaltungen durch AfD- und NPD-Funktionäre, was sich auch in abgestimmten Versammlungsanmeldungen ausdrückt“, erläuterte die Abgeordnete der Linksfraktion.

Thorsten Heise war auch bei der „Mahnwache“ in Heiligenstadt

Katharina König wies weiter darauf hin, dass der maßgebliche Organisator eines so genannten „Freundeskreises Thüringen-Niedersachsen“ der AfD-Funktionär Lars S. ist, der in Göttingen die AfD-Jugendorganisation JA anführt. Nach Informationen der LINKEN im Thüringer Landtag ist S. regelmäßiger Anmelder der Mahnwachen u.a. in Duderstadt.

Die Mahnwachen in anderen Städten wurden offenbar auch von bekannten Neonazis angemeldet, wie am 17. Januar durch den NPD-Funktionär Matthias F. die Veranstaltung in Heiligenstadt. Er sitzt für die NPD im Stadtrat in Heiligenstadt und ist seit über zehn Jahren auch Mitglied im NPD-Kreisverband Eichsfeld, wo er auch als Stellvertreter des Vorsitzenden Thorsten Heise fungiert. Die Veranstaltungen wurden stets gemeinsam beworben. Seit November wurden aus den Reihen von

Gegendemonstranten wiederholt von gewalttätigen Übergriffen von Teilnehmern der „Ein Licht für Deutschland“-Kundgebungen im Eichsfeld berichtet. Wie Beobachter feststellten, war auch NPD-Funktionär Thorsten Heise am 17. Januar persönlich Teilnehmer der Kundgebung in Heiligenstadt.

Mit rassistischen Positionen auf Stimmenfang

„Über die Verbindung von Björn Höcke zu Heise wurde schon mehrfach berichtet, bisher hatte sich die AfD bemüht, diese Verbindung herunterzuspielen. Dass Teile der AfD-Jugendorganisation nun offen gemeinsame Sache mit Thüringer NPD-Funktionären machen, bestätigt den weiteren Rechtstrend der Partei“, unterstrich Katharina König.

Am 20. Januar demonstrierte die „Junge Alternative“ auch wieder gemeinsam mit der der AfD in Jena. Mit dabei die Thüringer JA-Vorsitzende und Mitglied der AfD-Landtagsfraktion Wiebke Muhsal, der AfD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Björn Höcke und der Brandenburger AfD-Chef Alexander Gauland. Wie in Erfurt und an anderen Stellen unterstützte die Linksfraktion die Proteste gegen den Aufmarsch. „Wenn die AfD mit rassistischen Positionen auf Stimmenfang geht und gemeinsame Sache mit Neonazis macht, muss ihr die rote Karte gezeigt werden“, so die Abgeordnete.

AKTUELL

Schallende juristische Ohrfeige für AfD-Brandner

„Katharina König hat sich erfolgreich gegen eine verleumderische Beleidigung zur Wehr gesetzt“, kommentierte André Blechschmidt, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, die am 21. Januar vom Landgericht Erfurt getroffene Entscheidung.

Das Gericht hatte dem AfD-Abgeordneten Stephan Brandner untersagt, wörtlich oder sinngemäß zu behaupten und zu verbreiten, dass Katharina König „Sachen, Polizeiautos und Barrikaden anbrennt“. Bei jedem Verstoß dagegen drohen Brandner bis zu 250.000 Euro Geldstrafe oder bis zu sechs Monate Ordnungshaft. Brandner habe ein dubioses Verständnis vom Status eines Abgeord-

neten, betont André Blechschmidt. Der AfD-Scharfmacher habe behauptet, er sei durch die Indemnität – die Regelung, dass Abgeordnete bei Äußerungen in Ausübung ihres Mandats nicht gerichtlich verfolgt werden dürfen – geschützt.

„Das Landgericht Erfurt hat dem Juristen Brandner jetzt eine schallende juristische und moralische Ohrfeige verpasst“, stellt der LINKE-Politiker fest. Die Indemnität schütze gerade nicht bei verleumderischen Beleidigungen, das sei in Artikel 55 der Thüringer Landesverfassung klar geregelt. „Das Abgeordnetenmandat ist eben kein Freibrief für Verleumdungen, wie Herr Brandner offenbar meint“, so André Blechschmidt weiter.

Die Grenzen der parlamentarischen Auseinandersetzung seien von Brand-

ner und der AfD in den letzten Monaten innerhalb und außerhalb des Landtages immer wieder deutlich überschritten worden. Wer den hohen Schutz der Indemnität genieße, sei zu einer besonderen Verantwortung verpflichtet. Er empfehle Brandner und anderen AfD-Funktionsträgern, hin und wieder einen Blick in die Thüringer Landesverfassung zu werfen.

Brandner hatte in der Landtagssitzung am 17. Dezember von einem „Duo infernale der Straßenchoten Vater und Tochter König“ gesprochen, die dafür verantwortlich seien, „dass Polizisten rot und grün geschlagen werden, dass Polizeiautos brennen, dass Barrikaden brennen“, und betont: „Sie zünden richtig die Sachen an, die Polizeiautos und die Barrikaden.“

KOMMENTIERT:

von Anja Müller

Politik zum Anfassen

Trotz später Konstituierung im Januar 2015 kann der Petitionsausschuss auf ein Rekordjahr zurückblicken. Thüringer Bürgerinnen und Bürger haben 1.130 Bitten und Beschwerden eingereicht. Sie merken, dass sie nicht bloß durch den Gang zur Wahlurne etwas verändern können. Viele haben versucht, durch Petitionen Ideen zu verwirklichen oder auch ihren Unmut über geplante Vorhaben oder Entscheidungen auszudrücken. 1.694 Petitionen (auch noch aus dem Jahr 2014) wurden bearbeitet. Allein der Petitionsarbeitskreis unserer Fraktion hat ca. 350 bearbeitet, eine hohe Anzahl, gerade wenn man bedenkt, dass wir den Anspruch haben, jeden Einzelfall gewissenhaft zu prüfen. Oft begleiten uns Petitionen über mehrere Ausschüsse hinweg, da sie so vielschichtig sind.

45 Petitionen wurden auf der Internetplattform des Landtages veröffentlicht, zwei Petitionen erhielten mehr als 1.500 Unterstützerstimmen und wurden öffentlich im Petitionsausschuss behandelt. Wir scheuen uns nicht vor Anhörungen und stellen uns gern der Bürger-Debatte. Wenn so viele eine Petition unterschreiben und z.B. wollen, dass die Umweltschäden durch Ölverschmutzungen im Grundwasser in Rositz-Schelditz saniert und die Altlasten abgebaut werden, sollten diese Menschen auch die Chance erhalten, öffentlich mit den verantwortlichen Politikern ins Gespräch zu kommen, um eventuell eine einvernehmliche Lösung zu erzielen.

Wir konnten auch das Budget des Petitionsausschusses für Unterstützungen bei außergewöhnlichen Notfällen anheben. Über diesen Härtefonds wurde 2015 in dreizehn Fällen geholfen. Der Petitionsarbeitskreis der Fraktion will jetzt das Beauftragtenwesen genauer unter die Lupe nehmen und das Petitionsgesetz auf kleinere Gesetzeslücken hin prüfen, die uns in unserer täglichen Arbeit begegnen. Wichtig ist mir auch, dass die Bewerbung der zur Veröffentlichung online gestellten Petitionen verbessert wird. Das ist eine einfache Möglichkeit, von zu Hause aus etwas zu verändern. Erhält eine Petition mehr als 1.500 Stimmen, kann sie in einer öffentlichen Sitzung des Petitionsausschusses behandelt werden. Das ist sozusagen Politik zum Anfassen.

Zudem steht das Bürgerbüro der Linksfraktion den Menschen mit ihren Problemen, Sorgen und Anregungen jederzeit offen.